Amtsblatt der Stadt Mannheim von Donnerstag, 24. November 2022

Inhaltsverzeichnis

Aus dem Gemeinderat 3
Etatreden zum Haushalt 2023 4
Ab Januar 2023: Mehrweg-Pflicht für Speisen und Getränke „to go“ 9
Top-Ideen aus dem Beteiligungshaushalt werden präsentiert 10
Eröffnung der großen Dauerausstellung zur Mannheimer NS-Zeit „Was hat das mit mir zu tun?“ 11
Klimaschutz-Aktionsplan 2030 beschlossen 13
„Sicherheitsdezernent vor Ort“ mit dem Ordnungsdienst in Seckenheim 16
Vorkaufsrecht in Neuhermsheim: Stadt will höchstrichterliche Klärung 17
Wichtige Informationen zu Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Corona-Virus.. 19
Stadt im Blick 21
Impressum Amtsblatt 23
Rechtlicher Hinweis: 24

Aus dem Gemeinderat

In seiner Sitzung am 17. November hat der Gemeinderat entschieden, dass als Nachfolgerin für die wegen Nachrückens in den Gemeinderat aus dem Bezirksbeirat ausgeschiedene Dr. Melanie Seidenglanz auf Vorschlag des SPD-Ortsvereins Käfertal Janina Ries in den Bezirksbeirat Käfertal bestellt wird. Die Bestellung von Hermann Krauß, der aus persönlichen Gründen aus dem Bezirksbeirat Seckenheim ausscheiden möchte, wird widerrufen. Als seine Nachfolgerin wird auf Vorschlag des CDU-Kreisverbands Mannheim Margarita Böhler in den Bezirksbeirat Seckenheim bestellt. Bereits in seiner Sitzung am 27. Oktober hat der Gemeinderat entschieden, dass die Bestellung von Angelika Bauer, die aus persönlichen Gründen aus dem Bezirksbeirat Neckarstadt-Ost ausscheiden möchte, widerrufen wird. Als Nachfolger für Reinhard Schatz, der ebenfalls aus persönlichen Gründen aus dem Bezirksbeirat Friedrichsfeld ausscheiden möchte, wird auf Vorschlag der Freien Wähler – Mannheimer Liste Markus Dehoust bestellt. Als Nachfolgerin für Margeaux Savin wird auf Vorschlag des Kreisverbands von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Katharina Baader in den Bezirksbeirat Schwetzingerstadt/Oststadt bestellt. Nach dem Ausscheiden von Christian Hubert Bock wird auf Vorschlag des Kreisverbands von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Maximilian Schulz in den Bezirksbeirat Innenstadt/Jungbusch bestellt. Die Bestellung von Bernd Schütz, der aus persönlichen Gründen aus dem Bezirksbeirat Sandhofen ausscheiden möchte, wird widerrufen. Als Nachfolger für Dr. Bettina Buddenberg, die aus persönlichen Gründen aus dem Bezirksbeirat Neuostheim/Neuhermsheim ausscheiden möchte, wird auf Vorschlag des CDU-Kreisverbands Mannheim Marc Arnold bestellt.

Des Weiteren hat der Gemeinderat in seiner Sitzung am 17. November der Entwurfsplanung des Büros asp Architekten GmbH sowie der entsprechenden Errichtung des innovativen, klimafreundlichen Leuchtturmprojekts Grünhof – Spinelli zugestimmt. Zukünftig sollen zirka 220 Beschäftigte dauerhaft dort arbeiten. Mit dem Bau soll nach dem Ende der BUGA 23 begonnen werden. Der Gemeinderat hat den Eigenbetrieb Stadtraumservice beauftragt, mit der GBG – Mannheimer Wohnungsbaugesellschaft mbH die erforderlichen Verträge für die Umsetzung der baulichen Maßnahme sowie nach deren Fertigstellung den Mietvertrag abzuschließen.

Etatreden zum Haushalt 2023

Grüne: Mannheim gemeinsam zukunftssicher gestalten

In der aktuellen Weltlage müssen wir einen Spagat zwischen den großen Herausforderungen unserer Zeit und den akuten Belangen der Mannheimer Bevölkerung, Institutionen, Wirtschaft, Kultur und Vereine schaffen. Wir dürfen unsere politische Zielsetzung dabei nicht aus den Augen verlieren. Deshalb halten wir ganz klar an unserem Ziel fest, Mannheim gemeinsam zukunftssicher zu gestalten. Dabei gilt es, die zentralen Probleme anzugehen und nicht weiter in die Zukunft zu verschieben. Insbesondere beim Klimaschutz mit der Förderung erneuerbarer Energien und der Mobilitätswende müssen wir dringend schneller und effektiver handeln.

In der aktuellen Weltlage müssen wir einen Spagat zwischen den großen Herausforderungen unserer Zeit und den akuten Belangen der Mannheimer Bevölkerung, Institutionen, Wirtschaft, Kultur und Vereine schaffen. Wir dürfen unsere politische Zielsetzung dabei nicht aus den Augen verlieren. Deshalb halten wir ganz klar an unserem Ziel fest, Mannheim gemeinsam zukunftssicher zu gestalten. Dabei gilt es, die zentralen Probleme anzugehen und nicht weiter in die Zukunft zu verschieben. Insbesondere beim Klimaschutz mit der Förderung erneuerbarer Energien und der Mobilitätswende müssen wir dringend schneller und effektiver handeln.

Etatrede der GRÜNEN

Weitere GRÜNE Projekte wie der Klimaschutzaktionsplan oder das GreenTech Innovationszentrum leisten einen wichtigen Beitrag, um Mannheim so schnell wie möglich klimaneutral zu machen. Die Erwartung der Bevölkerung aber auch von Klimabewegungen ist ganz klar den Turbo beim Ausbau erneuerbarer Energien und energetischer Sanierungen einzulegen. Um die Energiewende zu meistern, muss dringend die Aufstockung der Fördertöpfe für PV-Anlagen nachgesteuert und auch diejenigen in den Blick genommen werden, die kein Wohneigentum besitzen. Alle diese Maßnahmen müssen mit hoher Priorität umgesetzt und die dafür notwendigen finanziellen Mittel hinterlegt werden, um endlich in die konkrete und notwendige Umsetzung zu kommen. Unsere Anliegen sind Investitionen in die Zukunft! Dabei denken wir den Zusammenhalt in unserer Stadt immer mit. Von der Krise besonders getroffene Gruppen unterstützen wir zielgerichtet. Insbesondere im Bereich der Bildungs- sowie Kinder- und Jugendarbeit ist es unsere Verantwortung, dass sich Unterschiede nicht noch stärker zuspitzen. Wir GRÜNE sind uns der aktuell schwierigen Haushaltssituation bewusst. In einer Zeit, in der wir die großen Herausforderungen der Transformation angehen, trifft uns die Unsicherheit besonders. Zurückhaltung und das Verschieben von dringend notwendigen Investitionen wären trotz aller Unsicherheiten genau das Gegenteil von dem, was wir jetzt tun müssen.

Nina Wellenreuther, GRÜNEN-Fraktionsvorsitzende

SPD: Gemeinsam Mannheim gestalten

Die spürbaren Auswirkungen des Ukraine-Krieges prägen die diesjährigen Etatberatungen. Jetzt geht es darum, die finanziellen Spielräume Mannheims, die wir in Jahrzehnten kluger Stadtpolitik erarbeitet haben, mit Augenmaß sinnvoll einzusetzen. Für uns als SPD-Fraktion sind dabei sechs Schwerpunkte relevant.Kinder, Jugendliche und Familien im Fokus behalten! Der Ausbau von Kitas fördert Kinder in der frühen Phase ihrer Entwicklung und ermöglicht Berufstätigkeit insbesondere von Frauen.
Den öffentlichen Raum entlasten! Für ein sauberes Mannheim brauchen wir neue Strategien, die das Vermeiden von Müll in den Vordergrund stellen.

Etatrede der SPD

Für ein sauberes Mannheim brauchen wir neue Strategien, die das Vermeiden von Müll in den Vordergrund stellen. Mit dem Verkehrsversuch entstehen Freiräume, die die Aufenthalts- und Wohnqualität steigern und das Einkaufserlebnis stärken. Nachsteuernde Maßnahmen müssen aber weiterverfolgt werden. Bezahlbares Wohnen sichern! Die wachsende Stadt benötigt effektive Antworten auf die Fragestellung nach mehr und bezahlbarem Wohnraum, den wir mit unterschiedlichen Maßnahmen schaffen müssen.

Den Klimaschutz vorantreiben! Jetzt gilt es klug und unverzüglich zu agieren, damit Klimaneutralität bei gleichzeitigem Erhalt unserer Wirtschaftskraft so schnell als möglich erreicht wird. Die Transformation zur klimaneutralen Stadt braucht einen gemeinsamen Kraftakt.

Solidarität zeigen! Sport- und kulturtreibende Vereine sind das Rückgrat unserer Demokratie, die weiterhin Unterstützung benötigen. Initiativen wie etwa Campus in der Neckarstadt-West, die gesellschaftliche Teilhabe fördern, wollen wir auf weitere Stadtteile ausweiten, um Unterstützungssysteme aufeinander abzustimmen.

Die Chancen der BUGA nutzen! Die BUGA 23 ist für die gesamte Mannheimer SPD ein Herzensprojekt, das zur Stadtentwicklung beiträgt. Neben großflächiger Entsiegelung verbessern wir Klimaresilienz, Biodiversität und schaffen einen Naturerlebnisraum. Zudem entwickeln wir ein neues Wohnquartier.

Thorsten Riehle, SPD-Fraktionsvorsitzender

CDU: Politische Steuerung ist gefragt!

Im Haushalt sind Investitionen in Millionenhöhe vorgesehen. Die Mittel fließen aber nicht ab, da die Projekte aus unterschiedlichen Gründen nicht umsetzbar sind. Gleichzeitig gibt es beschlossene Projekte, die nicht im Haushalt berücksichtigt sind und so auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben werden. So hat der Gemeinderat seit mehreren Haushaltsberatungen dem Kultur- und Sportzentrum Wallstadt große Priorität eingeräumt. Im aktuellen Entwurf sind nur Planungsmittel bereitgestellt. Bis 2026 könnte das wichtige Projekt nicht umgesetzt werden. Wir können den Bürgern nicht vorgaukeln, dass die Projekte realisiert werden, wenn kein Geld eingeplant wurde.

Etatrede der CDU

Lassen Sie uns ehrlich werden! Lassen Sie uns eine Priorisierung vornehmen! Es ist an der Zeit, sich alle Investitionen unter vier Kriterien nochmal anzusehen: Finanzierbarkeit, Priorität, tatsächliche zeitnahe Realisierbarkeit und externe Rahmenbedingungen (z.B. Fördermittel oder externe Gründe). Wir erwarten, dass endlich die Probleme wie mangelnde Sauberkeit oder nicht eingehaltene Müll-Leerungstermine gelöst werden. Hierzu fordern wir zum wiederholten Male eine Organisationsverbesserung des Stadtraumservice. Wir erwarten von der Verwaltung mehr Unterstützung für die Vereine in den Stadtteilen und damit für die Stadtteilarbeit. Auflagen gerade bei Veranstaltungen und steigende Energiekosten überfordern Vereine. Auch erwarten wir ein Konzept für die gemeinschaftsbezogene Weiternutzung von aufgegebenen Kirchen und Gemeindesälen in den Stadtteilen.

Beim Klinikum ist es unverantwortlich vom Oberbürgermeister für das kommende Jahr für mögliche Verluste im Haushalt keine Vorsorge zu treffen.

Claudius Kranz, CDU-Fraktionsvorsitzender

LI.PAR.Tie: Mannheim: Stadt für alle, auch in Krisenzeiten!

Auf Corona folgte die Energiekrise, für viele Menschen und Betriebe geht es um die Existenz. Die Stadt muss handlungsfähig bleiben, um Insolvenzen, Wohnungslosigkeit und Energiesperren abzuwenden. Sie muss ihren Beitrag gegen den Klimawandel leisten und dabei ihre fortlaufenden Aufgaben wahrnehmen, was zunehmend schwieriger wird. So wächst mit der Bevölkerung u.a. der Bedarf an Wohnungen und Kitas. Schulen, Brücken, das NTM und vieles mehr müssen trotz Kostensteigerungen saniert werden. Der Zwang zur „Schwarzen Null“ schränkt unseren Handlungsspielraum für Zukunftsinvestitionen ein. Das ist in unseren Augen ein großer Fehler.

Etatrede der LI.PAR.Tie

Ein Hauptproblem ist der Mangel an preiswertem Wohnraum. Neben mehr Sozialwohnungen brauchen wir einen starken Bodenfonds mit Grundstücken in städtischer Hand. Beim Ausbau von Kita- und Krippenplätzen muss Gemeinwohl Vorrang vor Investoren-Profit haben. Im Süden der Stadt benötigen wir eine „zweite IGMH“ oder Gemeinschaftsschule bis zum Abitur, für eine optimale Gesundheitsversorgung mehr Facharztpraxen in den ärmeren Stadtteilen. Für Klima und mehr Lebensqualität eilt die Energie- und Verkehrswende: Der Ausbau von Radverkehr und ÖPNV sowie die Schließung des Flughafens sind die Gebote der Stunde. Der Tierschutz muss einen höheren Stellenwert in der Stadt bekommen. Kleine Kultureinrichtungen müssen für die Attraktivität der Stadt erhalten bleiben. Unser Ziel: Ein Mannheim, in dem alle gerne und gut leben!

Dennis Ulas, LI.PAR.Tie-Fraktionsvorsitzender

AFD: Vernunft statt Ideologie

Wir befinden uns in Krisenzeiten. Richtig ist es daher, keine neuen Schulden aufzunehmen und keine Steuern zu erhöhen. Es fehlt aber der Sparwille wie etwa beim Nationaltheater. Ein Fass ohne Boden ist auch das Universitätsklinikum, die Stadt wird hier vom Land im Stich gelassen. Allein für die Sanierung der völlig

desolaten Straßen sollte endlich mehr Geld investiert werden.Die teuren Klimaschutzprogramme lehnen wir dagegen ab, sie haben keinen Einfluss auf das Weltklima. Bei der dramatischen Haushaltslage auch noch acht „Local Green Deal Manager“ einzustellen ist völlig unverständlich.

Etatrede der AFD

Von Anfang an waren wir gegen die ideologisch motivierte Vernichtung von Parkplätzen in der Innenstadt und in den Stadtteilen genauso wie gegen den Verkehrsversuch. Die Einzelhändler berichten bereits von massiven Umsatzeinbrüchen. Das Mannheimer Großkraftwerk muss unbedingt für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung erhalten bleiben, die Natur- und Landschaftszerstörung durch den Bau von Windrädern in einer windarmen Gegend wie Mannheim ist dagegen unverantwortlich.

Die Stadt will das Weltklima retten, bekommt aber das Problem der Vermüllung und Verwahrlosung vor unserer Haustüre nicht in den Griff. Auch das Thema Sicherheit und Ordnung macht den Bürgern angesichts der zunehmenden Messerattacken Sorgen.

Bernd Siegholt, AfD-Fraktionsvorsitzender

FDP/MfM: Umsteuern statt weiter so

Im Angesicht der großen Risiken der Folgen der Coronakrise und des Krieges in der Ukraine, wir sind im vierten Krisenjahr, ist es dringend nötig, auf drohende Steuereinbrüche und Kostensteigerungen, auf Inflation und Rezession schnellstens zu reagieren. Nach wie vor ist Mannheim die Stadt mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung in Baden-Württemberg. Doch auch in diesem Haushalt sind keinerlei Ansätze zu finden Kosten zu senken, obwohl die Liquidität weit ins Minus geht. Risiken in dreistelliger Millionenhöhe sind nicht berücksichtigt. Allein das Klinikum wird weiter jährlich 50 Millionen Verlustausgleich brauchen. Wir leisten uns ein Leuchtturmprojekt nach dem anderen.

Etatrede der FDP/MfM

Aber Straßen, Brücken und städtische Infrastruktur verfallen. Krasseste Beispiele: Collini-Center, Fahrlachtunnel, Carl-Benz-Stadion. Wir halten das für fahrlässig.Wir wollen das tägliche Leben der Menschen verbessern und nicht jedes Jahr ein neues Prestigeprojekt. Wir wollen mehr Investitionen in Bildung und KiTa-Ausbau. Der Neubau der Stadtbibliothek ist uns wichtiger als die Multihalle. Sanierte Berufsschulen haben für uns Priorität, dafür verzichten wir gerne auf die temporäre Opernhalle. Digitalisierung und Klimaschutz müssen Tempo aufnehmen. Deshalb darf es kein weiter so geben. Die Stadt Mannheim muss umsteuern, damit auch kommende Generationen noch Handlungsspielraum haben.

Dr. Birgit Reinemund, FDP / MfM-Fraktionsvorsitzende

Freie Wähler – ML: Das Beste für Mannheim

Der Etat-Entwurf 2023 ist durch Unsicherheiten und Mehrausgaben geprägt, die noch nicht im Entwurf enthalten sind. Der Spielraum ist gering und erfordert

Prioritäten. Folgende Schwerpunkte sind für die Freien Wähler-ML im kommenden Jahr besonders wichtig:• Das Projekt „Kultur- und Sportzentrum Wallstadt“ steht an erster Stelle, dafür müssen Mittel in die Finanzplanung aufgenommen werden.
• Wir streben ein Förderprogramm für den Dachgeschossausbau an, um neuen Wohnraum zu schaffen ohne zusätzliche Flächen zu versiegeln.
• Wir werden Personalstellen für „Müll-Detektive“ beantragen, um durch mehr Kontrollen mehr Verstöße zu ahnden.

Etatrede der Freien Wähler – ML

• Der Verkehrsversuch sollte aufgrund der Sperrung des Fahrlachtunnels sofort gestoppt werden, da er den Niedergang der Innenstadt verstärkt.
• Beim Gehwegparken muss das Ziel sein, möglichst viele Parkplätze zu erhalten und insbesondere schwächere Verkehrsteilnehmer besonders zu schützen.
• Für den Neubau, Ausbau und Sanierung unserer KITA's und Schulen müssen die notwendigen Finanzmittel bereitgestellt werden.
• Die Anpassung der Kita-Beiträge muss im kommenden Jahr auf jeden Fall in Angriff genommen werden.
• Das Netz der Seniorentreffs ist so auszubauen und zu stärken, dass auch eingeschränkt mobile Menschen die Möglichkeit erhalten, soziale Kontakte zu pflegen und aufrecht zu erhalten.

Prof. Dr. Achim Weizel, Freie Wähler – ML-Fraktionsvorsitzender

Ab Januar 2023: Mehrweg-Pflicht für Speisen und Getränke „to go“

Stadt informiert und bietet Unterstützung an

Ab 1. Januar 2023 tritt eine weitere Regelung des Verpackungsgesetzes in Kraft, um Abfälle zu vermeiden, Rohstoffe zu sparen und die Umwelt zu schonen. Alle Betriebe, die Essen und Getränke zum Mitnehmen anbieten, sind verpflichtet, ihren Kunden neben Einweg- auch Mehrwegbehälter anzubieten. Dabei darf das Produkt in der Mehrwegverpackung nicht mehr kosten als das in der Einwegvariante. In Deutschland entstehen nach Angabe der Bundesregierung täglich 770 Tonnen Verpackungsmüll durch Take-Away-Einwegverpackungen. Um diese Flut einzudämmen, gibt es für den Kaffee unterwegs bereits in vielen Verkaufsstellen wiederverwendbare Mehrwegbecher, auch in Mannheim. Ab 2023 soll es auch für die Mitnahme von Speisen und anderen Getränken Mehrwegverpackungen geben, die gegen ein Pfand ausgegeben werden können.

Alle Cafés, Bistros, Restaurants, Bäckereien oder Lieferdienste, die Essen und Trinken zum Mitnehmen anbieten, müssen die neue Verordnung umsetzen. Dazu zählen auch Veranstalter oder Aussteller auf Märkten. Lediglich kleine Betriebe mit einer Verkaufsfläche von bis zu 80 Quadratmetern (inklusive Sitz- und Aufenthaltsbereich) und weniger als fünf Beschäftigten sind von der Pflicht befreit, eigene Mehrwegverpackungen vorzuhalten. Sie müssen allerdings die von den Kundinnen und Kunden mitgebrachten Gefäße befüllen.

Um die Gastronomie und den Einzelhandel rechtzeitig über die neue Mehrwegpflicht im To-Go-Bereich zu informieren, schreiben der Stadtraumservice Mannheim und die Klimaschutzagentur Mannheim in den kommenden Tagen rund 1.000 Anbieterinnen und Anbieter persönlich an. In einem Flyer wird erklärt, was bei der Einführung von Mehrwegsystemen zu berücksichtigen ist und welche Lösungen möglich sind.

Wer schnell ist bei der Einführung eines Mehrwegsystems, wird von der Stadt Mannheim finanziell gefördert. Von dieser Förderung profitieren die ersten fünf Betriebe, die sich einem etablierten System anschließen.

Der Antrag zum Förderprogramm ist auf den Seiten der Klimaschutzagentur unter www.klima-ma.de/take-away-take-a-box zu finden. Kundinnen und Kunden, die Speisen und Getränke gerne „to go“ oder „Take-Away“ konsumieren, sollten auf das Siegel „Einmal ohne, bitte“ achten. Wer dieses Siegel an der Eingangstür sieht, kann sich sicher sein, dass hier mitgebrachte Behältnisse befüllt werden.

Top-Ideen aus dem Beteiligungshaushalt werden präsentiert

In diesem Jahr gingen insgesamt 120 Ideen auf dem Beteiligungsportal zum Beteiligungshaushalt der Stadt Mannheim ein. Die Bürgerschaft konnte jede Idee kommentieren und ihre Stimme abgeben. Nach rund 13.000 Bewertungen standen Mitte Oktober die beliebtesten Ideen fest. Die städtischen Dienststellen prüften anschließend die Einträge mit mindestens 100 Stimmen auf Umsetzbarkeit und gaben die vorläufige Top-Liste frei. Um zu garantieren, dass durch den diesjährigen Beteiligungshaushalt möglichst viele Ideen umgesetzt werden, steht ein Budget von 500.000 Euro zur Verfügung. Die Umsetzung einer Idee darf dabei bis zu 100.000 Euro kosten. Es findet somit in der zweiten Votingphase ein „Wettstreit der Ideen“ statt. Dabei ist die Reihenfolge wichtig, da die finanziellen Mittel entsprechend verteilt werden. Sollte also der Vorschlag auf Platz 1 bereits 100.000 Euro benötigen, blieben für die nächsten Ideen noch 400.000 Euro übrig.

Die Mannheimerinnen und Mannheimer können deshalb vom 25. November bis zum 4. Dezember den 18 Ideen nochmals ihre Stimme geben – und damit auf die Reihenfolge und die Umsetzung der jeweiligen Ideen Einfluss nehmen. Für diese Votingphase ist eine Registrierung auf dem Beteiligungsportal notwendig.

Präsentation der Top-Ideen am 25. November

Vorher präsentieren die Ideengeberinnen und Ideengeber der Öffentlichkeit ihre Idee am 25. November im Jugendkulturzentrum Forum, Neckarpromenade 46. Beginn ist um 18 Uhr (Einlass 17.30 Uhr). Die 18 Ideen werden auf der Bühne in einer moderierten Talkrunde dem Publikum präsentiert.

Alle Maßnahmen, die von der Stadt umgesetzt werden, müssen vom Gemeinderat beschlossen werden. Deswegen fließen die Ergebnisse des Beteiligungshaushalts in die regulären Etatberatungen des Gemeinderats ein. Diese finden Mitte Dezember statt.

Weitere Informationen: Eine Beschreibung aller 18 Ideen zum Beteiligungshaushalt finden sich auf dem Beteiligungsportal unter www.mannheim-gemeinsam-gestalten.de/beteiligungshaushalt2022.

Eröffnung der großen Dauerausstellung zur Mannheimer NS-Zeit „Was hat das mit mir zu tun?“

Eröffnungswochenende mit freiem Eintritt vom 2. bis 4. Dezember von 10 bis 18 Uhr im MARCHIVUM

„Ich wage zu behaupten, dass diese konsequent digitale Ausstellung in der deutschen Museumslandschaft singulär ist“, sagt der Direktor des MARCHIVUM Prof. Dr. Ulrich Nieß, wenn er über die neue Dauerausstellung seines Hauses berichtet. „Was hat das mit mir zu tun?“ lautet ihr Titel, der Mannheims NS-Zeit beleuchtet. Alle Ausstellungsinhalte sind auf einzigartige, multimediale und interaktive Weise erlebbar gemacht. Die Schau präsentiert ihr Material im ersten Obergeschoss des MARCHIVUM und reicht von der Weimarer Republik über die 1930er Jahre und den Zweiten Weltkrieg bis in die Gegenwart. Sie soll ein Verständnis dafür entwickeln, dass unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung nicht selbstverständlich ist, sondern stets gegen antidemokratische Tendenzen verteidigt werden muss. Sie zeigt vielfältiges, größtenteils bisher nie gesehenes Material, das mitunter ästhetisch-künstlerisch inszeniert wird und immer persönliche Lebensschicksale im Blick behält – von Opfern und Tätern gleichermaßen. Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz: *„Gerade die heutige Demokratie erscheint durch einen weltweit beobachtbaren Extremismus gefährdeter denn je. Ich halte es daher für äußerst wichtig, dass es solche Institutionen wie das MARCHIVUM gibt, die mit ihrer Arbeit versuchen, den Demokratiediskurs durch innovative Formate lebendig zu halten und zu bereichern. Ausstellungen wie diese helfen uns, unseren Blick für die Gegenwart zu schärfen und die Zukunft positiv zu gestalten, indem wir uns immer wieder mit der Vergangenheit, mit authentischen Quellen auseinandersetzen, die Wirkungsmacht von Geschichte für unsere Gegenwart zu verstehen. Und wir brauchen sie, um einen Maßstab, einen Kompass in Händen zu halten, um ein glaubwürdiges und wirksames ‚Nie wieder’ zu bewahren. Nur so kann dem ‚Was hat das mit mir zu tun?’ etwas entgegen gesetzt werden.“*

Kulturbürgermeister Michael Grötsch*: „Mit dieser Ausstellung setzt Mannheim einen überregionalen Meilenstein in der Erinnerungsarbeit. Sie stellt die NS-Zeit in ihrer konkreten lokalen Ausprägung dar und sensibilisiert für die Bedeutung der NS-Vergangenheit als Bezugspunkt unseres heutigen gesellschaftlich-moralischen Selbstverständnisses.“*

Während des Eröffnungswochenendes vom Freitag, 2., bis Sonntag, 4. Dezember, ist der Ausstellungsbesuch kostenfrei. Ansonsten beträgt der Eintritt (als Kombi-Ticket für die stadtgeschichtliche Ausstellung) regulär 7 Euro, ermäßigt 3,50 Euro, Schulklassen je 2 Euro pro Person. Familien zahlen 10 Euro für 2 Erwachsene mit Kindern unter 18 Jahren. Die Öffnungszeiten der Ausstellung sind: Dienstag, Donnerstag bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr und Mittwoch von 10 bis 20 Uhr. Sonntags um 16 Uhr findet regulär eine öffentliche Führung statt.

Die Ausstellung bzw. das MARCHIVUM sind barrierefrei. Behindertenparkplätze befinden sich in der Fröhlichstraße direkt am Gebäude.

Die Lesesäle der Bauakteneinsicht und der stadthistorischen Forschung sind aufgrund des Besucherfests am Freitag, 2. Dezember, ganztägig geschlossen.

Weitere Informationen finden Sie unter www.marchivum.de.

Klimaschutz-Aktionsplan 2030 beschlossen

Der Mannheimer Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 17. November den Klimaschutz-Aktionsplan beschlossen und damit den Weg zur Klimaneutralität 2030 bekräftigt. Der Stadt Mannheim steht mit dem Plan ein detailliertes auf Aktivitäten heruntergebrochenes Maßnahmenpaket zur Verfügung. Der Klimaschutz-Aktionsplan 2030 wird durch den Beschluss zum zentralen Strategiedokument auf dem Weg zur Klimaneutralität in Mannheim. Er umfasst Zielvorstellungen und Handlungsfelder für die Verwaltung sowie für die gesamte Stadtgesellschaft einschließlich Unternehmen und Bürgerschaft. Insgesamt konnten im Erstellungsprozess 81 Maßnahmen in den acht Handlungsfeldern (Energieproduktion; Industrie; Gewerbe, Handel, Dienstleistungen; Flächennutzung; Grün-blaue Infrastrukturen; Mobilität; Private Haushalte; Kommunale Verwaltung) erarbeitet werden, von denen 34 als Top-Maßnahmen mit hoher Priorität identifiziert wurden. Dazu zählen beispielsweise eine Photovoltaik-Offensive, das Entsiegeln von Flächen, die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung, der Einsatz von Geothermie oder auch die energetische Sanierung von städtischen Gebäuden.

Der Klimaschutz-Aktionsplan bildet die Klimaschutzmaßnahmen für Mannheim ab, die von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Bürgerinnen und Bürgern sowie Verwaltung gemeinsam erarbeitet wurden und eng mit dem Gemeinderat abgestimmt sind. Mit seinen Maßnahmen setzt der Klimaschutz-Aktionsplan den Rahmen für das Handeln aller Akteurinnen und Akteure in der Stadt – er ist somit handlungsleitend, muss aber gleichzeitig flexibel und anpassungsfähig bleiben. Gesetzliche Rahmenbedingungen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene ändern sich fortlaufend, daher und wegen möglicher Innovationen werden neue Maßnahmen im Klimaschutz-Aktionsplan hinzukommen. Der Klimaschutz-Aktionsplan enthält zu jeder Top-Maßnahme die Kategorien: Zeitplan, Beitrag zur Klimaneutralität, Zuständigkeiten, finanzieller Aufwand, Monitoring, Zielkonflikte und Good-Practice-Beispiele.

„Der Klimaschutz-Aktionsplan 2030 als Teil des Local Green Deals ist das zentrale Vorhaben zur Umsetzung und Konkretisierung des strategischen Ziels Klimaneutralität aus dem Leitbild ‚Mannheim 2030'. Der Klimaschutz-Aktionsplan gehört damit zu den wichtigsten Vorhaben, welche die Stadt Mannheim zum Klimaschutz unternimmt und seine Umsetzung ist sicher auch ambitioniert. Deshalb freue ich mich, dass heute der Gemeinderat grünes Licht für den Klimaschutzaktionsplan gegeben hat. Wenn wir unsere Stadt nachhaltig verändern wollen, dann dulden Klimaschutzmaßnahmen keinen Aufschub", betont Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz.

„Mit dem heutigen Beschluss liegt der Stadt Mannheim ein klarer Weg vor, wie sie bis 2030 klimaneutral werden kann. Auf diesen Weg der Transformation möchten wir uns weiterhin gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft machen. Mein besonderer Dank gilt den über 1000 Bürgerinnen und Bürgern, die sich in den Prozess eingebracht haben. Seitens der Stadt wollen wir 2023 nach Zustimmung des Gemeinderats voranschreiten und ein Maßnahmenpaket vorantreiben, das Photovoltaik-Offensive auf öffentlichen Gebäuden, den Ausbau bestehender Förderprogramme der Klimaschutzagentur, eine energetische

Quartiersentwicklung, den Waldumbau und Entsiegelungsprogramme für Plätze und Schulhöfe beinhaltet. Diese und alle weiteren Maßnahmen werden wir intensiv monitoren und auf ihre Effizienz und Effektivität prüfen", so Bürgermeisterin Prof. Dr. Diana Pretzell.

Mit der dem Beschluss vorangegangenen intensiven Erstellungsphase des Klimaschutz-Aktionsplans ist der Rahmen gesetzt. In der sich nun anschließenden Umsetzungsphase gilt es, die Maßnahmen und Aktivitäten gemeinsam mit den Beteiligten zu konkretisieren – dazu zählen auch Fragen des finanziellen Aufwands oder der CO2-Einsparung konkreter Maßnahmen. Auf dem Weg zur erfolgreichen Umsetzung des Klimaschutz-Aktionsplans sind die Anstrengungen aller, also der Verwaltung, Bürgerschaft und Unternehmen, notwendig. Damit der Weg zur Klimaneutralität gelingt, müssen fortlaufend Erfolge überprüft, Anpassungen vorgenommen und Fördermittel eingeworben werden.

Der Klimaschutz-Aktionsplan wurde seit Juni 2021 in einem breit angelegten Beteiligungsprozess gemeinsam mit der Verwaltung, der Bürgerschaft, Interessenvertretungen, Kammern, Initiativen, Mannheimer Unternehmen, der Wissenschaft und Politik sowie mit wissenschaftlicher Expertise des Wuppertal Instituts erarbeitet. Insgesamt gab es mehr als 20 unterschiedliche Beteiligungsmöglichkeiten bzw. -formate, in die rund 1000 Personen eingebunden waren.

Stimmen aus dem Gemeinderat zum Klimaschutzaktionsplan

Patrick Haermeyer, GRÜNEN-Fraktion: *„Mit dem Beschluss des KSAP macht sich Mannheim auf den Weg, bis 2030 klimaneutral zu werden. Jetzt müssen wir die Umsetzung starten und schnellstmöglich die Top-Maßnahmen auf den Weg bringen, die besonders wichtig für die CO2-Reduktion sind. Wir GRÜNE werden uns dabei dafür einsetzen, das 1,5-Grad-Ziel nicht aus den Augen zu verlieren und die Maßnahmen weiter zu konkretisieren und nachzusteuern."*

Thorsten Riehle, SPD-Fraktion: *„Wir verstehen den KSAP als konzeptionelle Grundlage für den Weg zur klimaneutralen Stadt und als Voraussetzung für unabdingbare finanzielle Unterstützung von EU, Bund und Land. Es sind weitreichende Entscheidungen nötig, die wir auf ihre Wirksamkeit überprüfen und ständig an sich ändernde Situationen anpassen müssen. Aus Verantwortung gegenüber künftigen Generationen müssen wir jetzt handeln!"*

Claudius Kranz, CDU-Fraktion: *„Der KSAP ist eine gute Grundlage, um zu sehen, welche Maßnahmen in den kommenden Jahren zu treffen sind. Mit beachtlichem Tempo ist ein Papier entstanden, das uns Ideenvorschläge an die Hand gibt. Es war wichtig, dass die Verwaltung auf unsere Forderungen eingegangen ist. Nun steht die Beauftragung und die Umsetzungen der Projekte unter dem Beschluss- und Finanzierungsvorbehalt des Gemeinderates."*

Dennis Ulas, LI.PAR.Tie-Fraktion: *„Viele Maßnahmen des Klimaschutzaktionsplans müssen noch ausgearbeitet und beschlossen werden. Die Zeit läuft uns aber davon. Die Finanzierung vieler Projekte ist noch offen. Wir erwarten daher eine schnelle und entschlossene Umsetzung der Maßnahmen, um Mannheim bis 2030 klimaneutral zu*

machen. Auch wir müssen unseren Beitrag leisten, um unseren Kindern und Enkeln eine intakte Welt zu hinterlassen."

Rüdiger Ernst, AfD-Fraktion: *„Mit dem teuren Klimaschutzaktionsplan kann Mannheim keine nennenswerte Reduktion der CO2-Emissionen erreichen, er hat keinen Einfluss auf das Weltklima. Beispielsweise ist das Mannheimer Großkraftwerk als großer Verursacher von CO2-Emissionen für eine sichere Stromerzeugung unverzichtbar, denn Strom aus Wind und Sonne ist wegen fehlender Speicher nicht grundlastfähig."*

Volker Beisel, FDP / MfM-Fraktion: *„Den KSAP tragen wir trotz vieler Bedenken mit, nachdem jetzt klargestellt ist, dass jede Maßnahme nach Effizienz geprüft und vom Gemeinderat einzeln beschlossen werden muss. Die energetische Sanierung städtischer Gebäude oder mehr Solarstrom auf Dächern sind richtig. Den motorisierten Verkehr, selbst CO2-freien, mit Zwang zu reduzieren, machen wir nicht mit. Klimaschutz ist wichtig – mit Vernunft!"*

Christopher Probst, Freie Wähler – ML-Fraktion: „*Die Freien Wähler-ML teilen das Ziel, klimaneutral zu werden, selbstverständlich auch. Das Datum 2030 als Ziel für eine Stadt wie Mannheim erscheint uns völlig illusorisch und unseriös. Einem Datum 2045 hätten wir zugestimmt. Selbst das ‚Wuppertal-Institut' schreibt im Abschlussbericht auf Seite 16, dass das Ziel allein durch kommunale Aktivitäten nicht erreichbar ist."*

„Sicherheitsdezernent vor Ort“ mit dem Ordnungsdienst in Seckenheim

Im Rahmen der Reihe „Sicherheitsdezernent vor Ort“ wird Erster Bürgermeister und Sicherheitsdezernent Christian Specht in der kommenden Woche den Stadtteil Seckenheim besuchen. Gemeinsam mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des städtischen Ordnungsdienstes wird er die Ergebnisse der Sicherheitsbefragung mit der Bürgerschaft besprechen. Im direkten Austausch mit Anwohnerinnen und Anwohnern will Specht dabei eine aktuellere und breitere Einschätzung der Sicherheitslage gewinnen.

Der „Sicherheitsdezernent vor Ort“ in Seckenheim findet statt am Freitag, 25. November, von 10 bis 12 Uhr unter den Arkaden des Alten Rathauses, Seckenheimer Hauptstraße 96.

Das Format „Sicherheitsdezernent vor Ort“ wird regelmäßig in einem anderen Stadtteil angeboten. Weitere Termine werden rechtzeitig bekanntgegeben.

Vorkaufsrecht in Neuhermsheim: Stadt will höchstrichterliche Klärung

Gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Karlsruhe bezüglich der Ausübung eines Vorkaufsrechts für ein bislang unbebautes Grundstück in Neuhermsheim will die Stadt Mannheim in Berufung gehen. Die Stadt Mannheim hat im Februar 2021 im Zuge eines Gemeinderatsbeschlusses erstmals bei einem privaten Wohnbaugrundstück in Neuhermsheim von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch gemacht, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Da es sich an dieser Stelle um einen alten Bebauungsplan handelt, ist die Quote für preisgünstige Mieten für Bauherren bauplanungsrechtlich nicht verpflichtend geregelt. Der Erstkäufer hat gegen die Ausübung des Vorkaufsrechts Klage eingereicht und vom Verwaltungsgericht Karlsruhe Recht bekommen. Mit der Berufung will die Stadt Mannheim nun den Rechtsweg in der nächsthöheren Instanz, dem Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg, weiter bestreiten.

„Schon beim Gemeinderatsbeschluss war klar, dass wir rechtliches Neuland betreten. Es gibt keine Rechtsprechung und kaum Kommentierung zur Frage, ob das Vorkaufsrecht mit dem Ziel, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, ausgeübt werden kann. Deshalb sehen wir es weiterhin als unsere Pflicht an, für die Sache zu kämpfen. Unser Ziel ist es, so viel bezahlbaren Wohnraum wie möglich zu schaffen – wenn dies nicht von Investoren selbst realisiert wird, müssen wir regulierend in den Markt eingreifen können. Gerade in einem Stadtteil wie Neuhermsheim fehlt die soziale Durchmischung und ein Angebot an preisgünstigen Mietwohnungen“, so Bürgermeister Ralf Eisenhauer.

Das Verwaltungsgericht Karlsruhe hat der Stadt Mannheim zwar Recht gegeben, dass sie das Vorkaufsrecht nicht preislimitiert ausgeübt hat, sondern zu dem zwischen Erstkäufer und Verkäufer vereinbarten Kaufpreis. Zudem ist das Urteil der Auffassung der Stadt gefolgt, dass sie das Vorkaufsrecht nur bezüglich eines der drei gleichzeitig veräußerten Grundstücke ausüben durfte.

Die Gründe, weshalb das Gericht das Vorkaufsrecht abgelehnt hat, sieht die Stadt nicht gegeben. Gemäß § 24 Absatz 3 Baugesetzbuch steht der Stadt ein Vorkaufsrecht zu, wenn das Wohl der Allgemeinheit dies rechtfertigt. Durch den Erstkäufer würden zwar auch Wohnungen entstehen. Dem städtebaulichen Ziel, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, wäre damit aber nicht Rechnung getragen. Mit dem Baulandmobilisierungsgesetz hat der Gesetzgeber erst jüngst im Baugesetzbuch klargestellt, dass die Deckung eines Wohnbedarfs in einer Gemeinde dem Wohl der Allgemeinheit dienen kann. Dies hat im Urteil des Verwaltungsgerichts Karlsruhe keine Berücksichtigung gefunden.

Das Gericht kritisierte ferner, dass der Gemeinderat in seiner Entscheidung kein Ermessen ausgeübt habe, sprich die Belange aller Parteien – auch die des Erstkäufers – nicht ausreichend abgewogen worden seien. Diese Formalität hält die Stadt für eine Erschwernis für die kommunale Handhabe – vor allem, da das Gericht gleichzeitig bestätigt, dass die Stadt in ihren Bescheiden, die auf den

Gemeinderatsbeschluss folgten, das Ermessen sehr wohl rechtsfehlerfrei ausgeübt hat.

„Die ausführliche und kontroverse Diskussion im Gemeinderat, die zum Beschluss geführt hat, beweist, dass die Stadträtinnen und Stadträte diese Entscheidung nicht leichtfertig getroffen haben. Diese Rechtsfrage muss daher in höherer Instanz geklärt werden. Ansonsten existiert schlicht kein Vorkaufsrecht zu Gunsten bezahlbaren Wohnraums. Dies widerspräche sowohl dem Sinn des Gesetzes als auch allen bundes- und landespolitischen Zielen – und auch unserem städtischen Leitbild – dringend benötigten bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen“, resümiert Eisenhauer.

Die Angebote der Stadt, sich auf einen Kaufpreis bezüglich des einen Grundstücks zu einigen oder alle drei Grundstücke zu erwerben, hat der Kläger abgelehnt.

Wichtige Informationen zu Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Corona-Virus

Für alle Fragen rund um das Corona-Virus ist die Telefon-Hotline der Stadt Mannheim unter der Telefonnummer 0621/293-2253 zu erreichen. Fortlaufend aktualisierte Informationen sind unter www.mannheim.de zu finden. Fortlaufend aktualisierte Informationen des Landes Baden-Württemberg sind unter www.baden-wuerttemberg.de zu finden.

Kommunales Impfzentrum (KIZ)

Am KIZ in der Salzachstraße 15 besteht montags bis freitags von 12 bis 18 Uhr die Möglichkeit zur Impfberatung sowie zur Impfung gegen das Corona-Virus für Mannheimerinnen und Mannheimer ab zwölf Jahren. Die Angebote sind kostenfrei. Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren müssen von einer erziehungsberechtigten Person begleitet werden. Geimpft wird mit den Impfstoffen von Novavax, Biontech, Moderna und Johnson und Johnson. Es sind Erst-, Zweit- und Drittimpfungen (sogenannte Auffrischungs- oder Boosterimpfungen) sowie Viertimpfungen (zweite Auffrischungsimpfung) für besonders gefährdete Personengruppen möglich. Für die Impfung vor Ort wird ein Ausweis benötigt. Ebenso wird darum gebeten, die Krankenkassenkarte und den Impfpass (falls vorhanden) mitzubringen. Wer keinen Impfpass hat, erhält vor Ort eine Bescheinigung.

Neben dem konkreten Impfangebot können Bürgerinnen und Bürger, die Fragen bezüglich der Impfung haben, vorab eine Impfberatung in Anspruch nehmen. Termine für die Impfberatung und die Impfungen im KIZ in der Salzachstraße sind über das Impfterminportal des Landes Baden-Württemberg unter www.impftermin-bw.de/ bzw. telefonisch unter 0800/28227291 zu buchen. Sofern eine Impfberatung im KIZ in der Salzachstraße gewünscht ist, muss bis auf Weiteres ein Impftermin gebucht werden, da im Impfterminportal des Landes die Option „Impfberatung“ noch nicht ausgewählt werden kann.

Impftelefon des Seniorenrats

Der Seniorenrat Mannheim bietet unter der Telefonnummer 0621/293-9516 für Menschen über 55 Jahre aus Mannheim telefonische Hilfe bei dem Buchen eines Impftermins an. Das Impftelefon ist montags bis freitags von 9 bis 12 Uhr für Impftermine zu erreichen.

Kommunales Impfzentrum schließt im Dezember

Am Freitag, 9. Dezember, stellt die Stadt Mannheim den Betrieb des Kommunalen Impfzentrums (KIZ) ein.

„Aus diesem Anlass möchte ich noch einmal allen haupt- wie ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, allen Unterstützern und Kooperationspartnern ganz herzlich danken, die seit Ende 2020 tatkräftig mit angepackt haben, um die verschiedenen Impfangebote in Mannheim zu realisieren und so maßgeblich zum Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger beigetragen haben“, sagte Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz.

Ob beispielsweise bei den mobilen Impfteams, die in Heimen oder in den Quartieren unterwegs waren, im Impfzentrum auf dem Maimarkt, im Rosengarten oder nun zuletzt in der Salzachstraße in Neckarau – zahlreiche Helferinnen und Helfer von Feuerwehr, Rettungsdiensten, Gesundheitsamt und weiteren Bereichen der Verwaltung sowie viele ehrenamtliche Kräfte waren im Einsatz. Auch gab es niedrigschwellige Impfaktionen in Geschäften, Einkaufszentren oder bei Veranstaltungen, an denen sich niedergelassene Ärztinnen und Ärzte oder Schwerpunktpraxen in Kooperation mit der Stadt beteiligt hatten. *„Besonders möchte ich mich auch bei den Mitgliedern des Seniorenrats bedanken, die mit ihrem Impftelefon Mannheimerinnen und Mannheimern über 55 Jahren bei der Terminbuchung im Kommunalen Impfzentrum geholfen haben“*, betonte der Oberbürgermeister.

Damit gehen auch in Mannheim die Impfungen gegen das Corona-Virus komplett in die medizinische Regelversorgung durch die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte sowie Zahnarztpraxen und Apotheken über. *„Die Praxen der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte sind gut aufgestellt und es sind ausreichend Impfstoffe verfügbar, um die Mannheimer Bürgerinnen und Bürger zu versorgen“,* erklärt Dr. Peter Schäfer, Leiter des Gesundheitsamts.

Termine für die Corona-Impfungen in den Praxen können weiterhin über das Impfterminportal des Landes Baden-Württemberg unter www.impftermin-bw.de/ bzw. telefonisch unter 0800/28227291 gebucht werden. Über die Eingabe der Postleitzahl kann dort beispielsweise ein wohnortnaher Impftermin gebucht werden. Auch die Buchung eines Wunschtermins für eine Impfung ist möglich.

Stadt im Blick

Bürgersprechstunde mit OB Dr. Peter Kurz

Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz bietet am Donnerstag, 15. Dezember, von 14 Uhr bis 17 Uhr, eine Bürgersprechstunde im Bürgerservice Feudenheim, Hauptstr. 52, an. Interessierte Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit, persönliche Anliegen oder Anregungen direkt mit dem Oberbürgermeister zu besprechen. Begonnen wird mit einer offenen Sprechstunde, für die keine vorherige Anmeldung notwendig ist. Im Anschluss daran, von 15 Uhr bis 17 Uhr, folgt eine Sprechstunde nach vorheriger Terminvereinbarung. Anmeldungen nimmt das Bürgerbüro täglich von 9 bis 12 Uhr telefonisch unter 0621/293-2931 entgegen.

Messungen der Geschwindigkeit

Die Stadt Mannheim führt vom Montag, 28. November, bis Freitag, 2. Dezember, in folgenden Straßen mobile Geschwindigkeitskontrollen durch:

Badenweilerstraße (Spielstraße) - Beim Bauerspfad - Eisenacher Weg (Vogelstangschule) - Gutenbergstraße - James-Monroe-Ring - Jägerstraße - Kloppenheimer Straße - Mannheimer Straße - Mülhauser Straße (Friedrichsfeldschule) - Neckarhauser Straße - Offenburger Straße - Rastatter Straße - Rüdesheimer Straße - Sachsenstraße - Sonnenschein - Straßburger Ring - Thomas-Jefferson-Straße (Spielstraße) - Thüringer Straße - Wallonenstraße - Wasserwerkstraße - Wormser Straße (Käfertalschule) - Zähringerstraße (Seckenheimschule)

Trendadvent

In diesem Jahr findet in der Stadtbibliothek Mannheim zum zweiten Mal der Trendadvent statt. An allen vier Adventssamstagen wartet in der Zentralbibliothek im Stadthaus N 1 ein besonderes Angebot. Der erste Trendadvent stellt das Thema Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt. Die Stadtbibliothek bietet eine nachhaltige Lösung an, bei der nichts im Müll landen muss. Ab dem ersten Adventssamstag haben Besucherinnen und Besucher für eine Woche die Möglichkeit, weihnachtlichen Schmuck kostenfrei vor Ort zu tauschen. Man kann bis zu fünf Gegenstände abgeben und sich gleichzeitig etwas Neues aussuchen.

Am zweiten Trendadvent der Zentralbibliothek dreht sich alles um Retro Gaming. Wer gerne zockt, kann am Samstag, 3. Dezember, von 11 bis 14 Uhr in die Zentralbibliothek kommen. Hier können an Konsolen alte Klassiker gespielt werden. Am dritten Trendadvent können von 12 bis 14 Uhr auch absolute Anfängerinnen und Anfänger Motive wie kleine Sterne aus weihnachtlich-schöner Wolle häkeln. Das Material und Häkelnadeln stehen zur Verfügung.

Am vierten Trendadvent können Besucherinnen und Besucher von 12 bis 14 Uhr aus aussortierten Büchern der Stadtbibliothek weihnachtliche Dekoration wie Girlanden

oder Papierengel basteln. Wer für die Feiertage noch eine kleine selbstgemachte Aufmerksamkeit braucht, ist hier also genau richtig.

Der Eintritt ist frei. Informationen zum Trendadvent und weiteren Veranstaltungen sind auf www.stadtbibliothek.mannheim.de unter der Rubrik „Veranstaltungen“ zu finden.

Impressum Amtsblatt

Herausgeber: Stadt Mannheim

Chefredaktion: Christina Grasnick (V.i.S.d.P.)

Die Fraktionen und Gruppierungen übernehmen die inhaltliche Verantwortung für ihre Beiträge.

Verlag: SÜWE Vertriebs- und Dienstleistungsgesellschaft mbH & Co. KG

Redaktion: Laura Braunbach,

E-Mail: amtsblattmannheim@wochenblatt-mannheim.de

Druck: Druck- und Versanddienstleistungen Südwest GmbH, 67071 Ludwigshafen

Verteilung: PVG Ludwigshafen; zustellreklamation@wochenblatt-mannheim.de oder Tel. 0621 127920.

Das AMTSBLATT MANNHEIM erscheint wöchentlich mittwochs/donnerstags außer an Feiertagen. Das AMTSBLATT MANNHEIM wird kostenlos an alle erreichbaren Mannheimer Haushalte verteilt. Sofern eine Zustellung des Amtsblattes aufgrund von unvorhersehbaren Störungen nicht erfolgt sein sollte, kann das jeweils aktuelle Amtsblatt im Rathaus in E 5 und bei den einzelnen Bürgerservices der Stadt Mannheim abgeholt werden.

Die Adressen der Bürgerservices können erfragt werden unter der Rufnummer 115.

Rechtlicher Hinweis:

Die Fraktionen, Gruppierungen und Einzelstadträtinnen bzw. Einzelstadträte übernehmen die inhaltliche Verantwortung für ihre Beiträge.